

Untersuchungsausschuss "NSU II/Rechtsextremismus" geht in die Weihnachtspause

09.12.2022



Symbolbild Untersuchungsausschuss © Landtag MV

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten sowie weiterer militant rechter und rechtsterroristischer Strukturen M-V blickt auf ein arbeitsintensives Jahr 2022 zurück.

Zu Beginn des Jahres nahm der Ausschuss als Fortsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses der vergangenen Wahlperiode die Arbeit auf. In 19 Sitzungen hat der Untersuchungsausschuss 74 Beweisbeschlüsse gefasst und zwölf Zeugen vernommen.

Zwischenzeitlich hat auch der ermittlungsbeauftragte Sachverständige, Prof. Dr. von Heintschel-Heinegg, seine Tätigkeit für den Ausschuss abgeschlossen.

Den überwiegenden Anteil der Zeugen stellten ehemalige Mitarbeiter der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) „Trio M-V“. Diese wurde nach der Selbstenttarnung des NSU 2011 im Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt, um das Bundeskriminalamt bei seinen Ermittlungen zum NSU-Trio mit Bezügen zu Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen.

Auch (ehemalige) Mitarbeiter des Landesverfassungsschutzes befragte der Untersuchungsausschuss zu ihrer Arbeit.

Während sich der Ausschuss in den Zeugenvernehmungen vor allem mit dem NSU-Komplex beschäftigte, richteten sich viele der zuletzt gefassten Beweisbeschlüsse bereits auf das Nordkreuz-Netzwerk, zu dem schon die ersten Akten eingegangen sind.

Daneben stehen noch weitere rechte Gruppierungen wie Baltik Korps, Combat 18, Oldschool Society und die Kameradschaft Süd auf der Agenda des Untersuchungsausschusses, vor dem also auch im kommenden Jahr viel Arbeit liegt.

Am 9. Januar 2023 setzt der Ausschuss seine Arbeit mit einer Beratungssitzung fort.